



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

**Titel:** **Postulat von Miriam Locher, SP: Stellenreduktion in der Präventionsarbeit der Verkehrsinstruktion**

**Autor/in:** [Miriam Locher](#)

**Mitunterzeichnet von:** –

**Eingereicht am:** 27. August 2015

**Bemerkungen:** --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

---

Mit den am 8. Juli 2015 vorgestellten Sparmassnahmen ist vorgesehen, drei von sieben Vollzeitstellen im Bereich der Verkehrsprävention einzusparen. So würde ein Grossteil der Verkehrsinstruktion wegfallen. Das Schuljahr 2015/2016 wäre somit das letzte, in welchem die Verkehrsinstruierenden ihre Arbeit wie bisher durchführen könnten. Bislang lernten die Kinder und Jugendlichen vom Kindergarten bis in die Oberstufe von einer externen Fachperson das sichere Verhalten als Fussgänger und Velofahrerin. Es wurde ihnen Wichtiges über den Umgang mit Verkehrsteilnehmenden beigebracht, und sie lernten die wichtigsten Regeln im Strassenverkehr. Zusätzlich sorgte die Verkehrsinstruktion für Schulwegssicherungen, Verkehrsnacherziehung bei straffälligen Kindern und Jugendlichen, Elternabende, Ferienpassaktionen, Jugendfahrlager usw. Dies alles mit einem direkten und emotionalen Kontakt zu einer Fachperson, was gerade in diesen Altersstufen elementar ist. Es kommt so zu einem rollengerechten Bezug, welcher ein gutes Vertrauensverhältnis zur Polizei herstellen kann.

Ab 2016/ 2017 käme es nun zu einer einschneidenden Reduzierung der Leistungen in diesem so wichtigen Bereich. Die Gründe für die nicht linearen Einsparungen, welche lediglich eine Stellenreduktion in der Verkehrsprävention vorsehen und nicht im ganzen Polizeiwesen, lassen sich nicht nachvollziehen. Es ist des Weiteren nicht ersichtlich, ob die Verkehrsinstruktoren in anderer Funktion in anderen Abteilungen weiter beschäftigt werden, oder ob es zu Kündigungen kommt. Die Zahl der Verkehrsunfälle mit Beteiligung von Kindern ist rückläufig. Waren es 1995 noch 72, so waren es 2014 "nur" noch 37 beteiligte Kinder. Der direkten Zusammenhang zur Präventionsarbeit, lässt sich zwar nicht beweisen, der Schluss dazu liegt aber nahe. Sicherheit und Prävention sind wichtige Pfeiler in der Gesellschaft. Eine gute Zusammenarbeit zwischen Polizei und Bevölkerung ist unbezahlbar

Der Regierungsrat wird daher eingeladen,

- die erforderlichen Massnahmen zu ergreifen, damit die Präventionsarbeit mittels Fachpersonen der Verkehrspolizei in allen Bereichen längerfristigen weitergeführt werden kann.
- die Präventionsarbeit im Bereich der Verkehrssicherheit nicht wie vorgesehen mit der Streichung von drei Vollzeitstellen zu belasten.
- die Verkehrsprävention auf allen Stufen im bisherigen Ausmass beizubehalten.
- die Verantwortung für die Präventionsarbeit im Bereich Verkehrsinstruktion und somit für die Verkehrssicherheit weiter beim Kanton bzw. der kantonalen Polizei zu belassen.
- eine komplette Abschaffung der Verkehrsprävention in der Zukunft in jedem Fall zu verhindern.